

Pressemitteilung

Besteuerung der Firmenwagen: Handwerk warnt Regierung vor weitreichenden Folgen

Im Rahmen eines Interviews auf RTL-Radio sagte Umweltministerin Carole Dieschbourg, dass die Regierung die Besteuerung der Firmenfahrzeuge überprüfen werde.

In diesem Kontext, möchte die Fédération des Artisans einige Tatsachen zu bedenken geben.

Erstens gehört Luxemburg zu den europäischen Ländern in denen Dienstfahrzeuge bereits heute am höchsten besteuert werden. Nach einer Laufzeit von 48 Monaten und einer monatlichen Belastung von 1,5% ist das Fahrzeug schlussendlich zu 72% versteuert. Eine Erhöhung um z.B. 0,5% entspricht einer Verteuerung der Steuer um 33% und der steuerliche Vorteil der Arbeitnehmer für Firmenwagen würde gegen Null tendieren.

Jede weitere steuerliche Belastung wird also dazu führen, dass Arbeitnehmer in Zukunft auf einen Firmenwagen verzichten werden und sich für entsprechend mehr Lohn entscheiden werden.

Da gerade Grenzgänger betroffen sind, wird die Steuererhöhung dazu führen, dass diese Autos nicht mehr in Luxemburg gekauft, versichert, gewartet, repariert und versteuert werden.

Die Grenzgänger werden dann mit älteren und sicherlich weniger ökologischen Fahrzeugen nach Luxemburg kommen.

Gerade für die Automobilbranche riskiert ein wesentlicher Geschäftsbereich von heute auf morgen wegzufallen, was entsprechende Konsequenzen auf die Branche und vor allem auf die Beschäftigung der Branche nach sich ziehen wird.

Im vergangenen Jahr hat Finanzminister Gramegna bestätigt, dass es keine Änderung bei der Besteuerung der Firmenfahrzeuge geben werde. Die Aussagen der Umweltministerin weisen nun auf das Gegenteil hin.

Die Regierung sollte aufpassen der Automobilbranche und den Menschen, die dort beschäftigt sind nicht aufgrund ideologischer Überlegungen die Existenzgrundlage zu entziehen, ohne dass dies für die Umwelt etwas bringen würde.

Eine Steuererhöhung ist eine klare Lose-Lose-Lose Situation für die Unternehmen, die Beschäftigten und schlussendlich für den Staat, der im Endeffekt massive Steuerverluste einstecken müsste

-